

## Paritätisch auf dem Wahlzettel

Frauenförderung in Tunesien

**mri. Genf** · Die tunesische Kommission, welche die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung vom 24. Juli vorbereitet, hat beschlossen, dass auf den Wahllisten gleich viele Frauen wie Männer verzeichnet sein müssen. Zudem sollen die Namen der Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen, die nicht verändert werden dürfen, alternieren. Die Kommission sprach sich weiter dafür aus, dass die verfassungsgebende Versammlung im Proporzverfahren in einem Durchgang gewählt wird. Dies begünstigt kleinere Parteien.

## Revolution in den Köpfen

Der Entscheid für die Parität zeigt laut der Richterin Kalthoum Kannou, einem Mitglied der vorbereitenden Kommission, dass eine Revolution in den Köpfen der Tunesier stattfindet. Ein weiteres Kommissionsmitglied, Ahlem Belhadj von der Tunesischen Vereinigung demokratischer Frauen, sagte, die Parität auf den Kandidatenlisten gewährleistet zwar nicht eine gleiche Anzahl von Frauen und Männern in der verfassungsgebenden Versammlung. Eine alternierende Auflistung der Kandidatinnen und Kandidaten gebe es jedoch nicht in vielen Ländern. Man erhoffe sich eine rege Teilnahme der Frauen an der Wahlkampagne. Die paritätischen Wahllisten wurden in der Kommission auch von den gemässigten Islamisten der Nahda-Bewegung unterstützt. Einige Kommentatoren erklärten die Parität für ebenso innovativ wie das 1956 eingeführte säkulare Familienrecht, mit dem unter anderem die Polygamie abgeschafft und die religiöse Gerichtsbarkeit in Familienfragen aufgehoben wurde.

Entschieden hat die Wahlkommission zudem, dass all jene Personen nicht kandidieren dürfen, die eine Funktion in der Regierung oder in der Regierungspartei RCD des am 14. Januar abgesetzten Machthabers Ben Ali hatten. Weiter beschloss die Kommission, alle Personen als Kandidaten auszuschliessen, die eine Petition zur neuerlichen Kandidatur Ben Alis 2014 unterzeichnet hatten.

# Eine Reform nach König Mohammeds Gusto

In der Kommission zur Ausarbeitung einer neuen marokkanischen Verfassung sitzen nur ernannte Experten

In diesen Tagen hat die marokkanische Kommission, die König Mohammed VI. mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt hat, ihre Anhörungen abgeschlossen. Sie muss bis Anfang Juni ihre Reformvorschläge unterbreiten.

Beat Stauffer

Über ein Jahrzehnt lang wollte der marokkanische König Mohammed VI. nichts von einer Verfassungsreform wissen. Die Aufstände in der arabischen Welt haben ihn nun eines Besseren belehrt. Vor rund einem Monat kündigte er in einer von Fernsehen übertragenen Rede eine Überarbeitung der seit 1996 geltenden Verfassung an. Er setzte eine Kommission ein, die bis Anfang Juni einen Reformvorschlag vorzulegen hat. Diese Kommission hat mittlerweile die Anhörung von Parteien und Gewerkschaften abgeschlossen.

## «Stille Revolution»

In seiner Rede hatte Mohammed VI. erstmals das Grundprinzip der Gewaltentrennung anerkannt und damit einen Schritt in Richtung einer konstitutionellen Monarchie getan. Er sprach sich für eine stärkere Rolle des Premierministers und die Unabhängigkeit der Justiz aus. Wie nicht anders zu erwarten, äusserten sich die an der Regierung beteiligten Parteien positiv über das Reformprojekt. Es handle sich um eine «stille Revolution», sie werde gemeinsam getragen vom Volk und vom König, sagte Abdelouahed Radi, der Generalsekretär der sozialdemokratischen Union socialiste des forces populaires.

Bei einigen jener Marokkaner, die sich unter einer Verfassungsreform überhaupt etwas vorstellen können, überwiegen aber die Zweifel. Sie werfen der vorbereitenden Kommission Abhängigkeit vom Staatsapparat vor und bemängeln, dass darin Schichten der Gesellschaft, etwa die junge Gene-



König Mohammed VI. mit zwei seiner Söhne.

EPA

ration, gar nicht vertreten seien. Weiter wird kritisiert, dass die Verfassungsreform statt von gewählten Volksvertretern von Experten erarbeitet wird, die Mohammed VI. selber ernannt hat. Die neue Verfassung nimmt deshalb den Charakter eines königlichen Geschenks an. Es gibt sogar Stimmen, welche die gegenwärtige Verfassung für nicht reformierbar halten. «Die jetzige Verfassung ist ein von der Monarchie zu deren Zweck massgeschneiderter Text», erklärt der Anwalt Mohammed Aghnaj, ein Mitglied der islamistischen Organisation Gerechtigkeit und Wohlfahrt. Sie könne unmöglich das Fundament für einen modernen Staat legen.

## Eine heterogene Bewegung

Auch die Bewegung des 20. Februar, eine spontane Initiative junger Marokkaner aus dem städtischen Milieu, steht dem Projekt skeptisch gegenüber. Man vertraue der Kommission nicht, erklärte die Aktivistin Tamer Aouidi gegenüber der Wochenzeitung «TelQuel». Bereits wenige Tage nach der Rede des Königs

seien Demonstranten wieder niedergeknüppelt worden. Solche Praktiken untergraben das Vertrauen in den Staat. Eine Einladung des Kommissionspräsidenten, sich an der Ausarbeitung der Reformvorschläge zu beteiligen, lehnten Vertreter der Bewegung ab. Stattdessen forderten sie die Auflösung von Parlament und Regierung, die beide in keiner Weise repräsentativ für die marokkanische Bevölkerung seien.

Neben zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, linken Kleinparteien und Einzelpersonlichkeiten hat sich nun auch Scheich Yassines islamistische Gruppierung Justice et Bienfaisance der Bewegung des 20. Februar angeschlossen. Unterstützung erhält die sehr heterogene Bewegung auch von einer Faktion des islamistischen Parti de la justice et du développement und von Berbervereinigungen.

Zwei wichtige Komponenten der marokkanischen Bevölkerung scheinen aber von der Bewegung des 20. Februar nicht oder kaum berührt worden zu sein – die Millionen von Marokkanern, die in den armen Vorstädten der grossen

urbanen Zentren leben, und die Bewohner armer ländlicher Regionen. Die Lebensbedingungen und -perspektiven dieser Bevölkerungsgruppen haben sich in den vergangenen Jahren, wenn überhaupt, nur unwesentlich verbessert. Das Projekt einer Verfassungsreform dürfte sie kaum berühren. Einzig eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche die Kluft zwischen Arm und Reich abbaut und die faktische Steuerfreiheit zahlreicher Unternehmer korrigiert, könnte diesen Bevölkerungsgruppen etwas bringen. Es gibt allerdings keine Anzeichen dafür, dass der König in dieser Hinsicht einen Handlungsbedarf erkennt.

## Bis jetzt kaum Unruhen

Marokko ist bis anhin von der im gesamten Maghreb spürbaren revolutionären Stimmung erstaunlich wenig erfasst worden. Dies dürfte mit den Freiheiten zusammenhängen, die König Hassan II. seinen Untertanen schon in den neunziger Jahren gewährt hatte. Die vergleichsweise freien Medien und Nichtregierungsorganisationen haben eine Art Ventilfunktion, sie kanalisieren Frustrationen. Eine den Volkszorn dämpfende Wirkung hat wohl auch die kräftige Erhöhung der Subventionen für gewisse Konsumgüter, welche die Regierung im Februar 2011 beschloss.

Die erstaunliche Stabilität Marokkos dürfte aber auch mit der Verankerung der Monarchie in der Bevölkerung zusammenhängen. Selbst die Bewegung des 20. Februar stellt die Institution der Monarchie nicht in Frage. Dazu kommt, dass sich der König in den staatlichen Medien tagtäglich als initiativer Herrscher feiern lässt, der unablässig für das Wohl seines Landes tätig ist. Offene Kritik am Monarchen ist tabu. Einzig ein paar Intellektuelle wagen es, dem König sein immenses Vermögen und seine Rolle als bedeutendster Unternehmer des Landes vor Augen zu halten und ihn darauf aufmerksam zu machen, dass er die letzte Verantwortung für die Zustände im Land trägt.

## Der syrische Protest erreicht Damaskus

Asads Beruhigungsversuche greifen nicht – Demonstrationen im ganzen Land

Regierungsfeindliche Demonstranten aus den Vorstädten von Damaskus sind am Freitagabend auf das Stadtzentrum marschiert. Die jüngsten Zugeständnisse Asads bringen keine Beruhigung.

Jürg Bischoff, Beirut

Der syrische Präsident Asad hat mit seinen Konzessionen vom Vortag nicht verhindern können, dass am Freitag erneut in vielen Städten Syriens Demonstranten auf die Strasse gingen, um Freiheit, Würde und politische Reformen zu fordern. Nach Berichten aus Damaskus marschierten am Nachmittag Manifestanten aus den Vorstädten auf das Zentrum der Hauptstadt, das von einem grossen Aufgebot von Sicherheitskräften geschützt wurde.

## Misshandlung von Gefangenen

Asad hatte am Donnerstagabend die neue Regierung unter der Leitung von Ministerpräsident Adel Safar ernannt. Rund ein Viertel des neuen Kabinetts gehörte bereits der vorherigen Regierung an, darunter Aussenminister Walid Muallim und Verteidigungsminister Ali Habib. Bezeichnend ist, dass die Equipe der Wirtschaftsreformer um den bisherigen Vizeministerpräsidenten Abdallah Dardari ausgebootet wurde. Die Liberalisierung der Wirtschaft, die bis vor 10 Jahren dem sozialistischen Modell folgte, dürfte im Regime als eine Ursache der Proteste gesehen werden, da sie die soziale Sicherheit geschwächt,

die Korruption gefördert und die Schere zwischen Reich und Arm geöffnet hat.

Am Donnerstag wurden auf Anweisung des Präsidenten auch Hunderte von Gefangenen freigelassen, die in den letzten Wochen festgenommen worden waren und die sich «nicht gegen das Vaterland und dessen Bürger» vergangen haben, wie es in der Meldung der offiziellen Nachrichtenagentur heisst. Folterungen und Misshandlungen, über welche die Freigelassenen berichten, werden aber kaum zur Imageaufbesserung des Regimes beitragen.

Human Rights Watch hat 19 Gefangene befragt, die schon zuvor freigelassen worden waren und von denen 17 über Prügel bei der Festnahme und während der Haft berichteten. Laut diesem Bericht wurden die Gefangenen auch ausgepeitscht und Stromstössen ausgesetzt, in überfüllten Zellen gehalten und manchmal tagelang ohne Essen oder Trinken gelassen. Die meisten von ihnen mussten Geständnisse unterschreiben, deren Inhalt sie nicht lesen durften, oder geloben, nicht mehr an Protesten teilzunehmen.

Asad empfing diese Woche Abordnungen aus Duma, Homs und Daraa, um sich deren Klagen und Forderungen anzuhören. Allerdings fanden in all diesen Städten am Freitag erneut grössere Kundgebungen statt. Nach Videobildern zu schliessen, die im Internet auftauchten, wurde in der Provinz Homs ein Denkmal des früheren Präsidenten Hafez al-Asad von Demonstranten zerstört. Erstmals wurden Kundgebungen aus Suwaida gemeldet, dem Zentrum des drusischen Siedlungsgebiets östlich von Daraa im Süden des Landes. Oppo-

sitionelle Quellen meldeten weitere Kundgebungen in Kamishli im kurdischen Nordosten sowie in Baniyas und Latakia an der Küste.

## Tränengas und Schlagstöcke

In Duma, einer Stadt in der Peripherie von Damaskus, sind am Freitag mehrere tausend Demonstranten auf die Strasse gegangen. Sicherheitskräfte gingen mit Tränengas und Stöcken gegen sie vor, um sie von einem Marsch in die Hauptstadt abzuhalten. Am Nachmittag versuchten Demonstranten auch aus anderen Vorstädten von Damaskus ins Zentrum der Hauptstadt zu marschieren. Augenzeugen berichteten von einem grossen Polizeiaufgebot und von Sicherheitsbeamten, die Jagd auf Demonstranten machten.

## ANHALTENDE PROTESTE IN JEMEN

(Reuters) · Die Regierungsgegner in Jemen haben ihre Proteste gegen Präsident Ali Abdallah Saleh verschärft. Stammesmitglieder griffen im Namen der Opposition das wichtigste Elektrizitätswerk des Landes an und sorgten so für Stromausfälle in zahlreichen Städten. Davon betroffen war auch die Hauptstadt Sanaa. Zugleich zogen wieder Hunderttausende nach den Freitagsgelübten auf die Strassen und forderten den Rücktritt Salehs. Geistliche und Stammesfürsten, die vor kurzem noch zum Präsidenten hielten, schlugen sich auf die Seite der Demonstranten. Aktivisten forderten die Bevölkerung zum zivilen Ungehorsam auf.

## Italiener in Gaza ermordet

Salafistische Geiselnahmer wollten Gefangene freipressen

Im Gazastreifen ist ein propalästinensischer Aktivist aus Italien entführt und dann ermordet worden. Salafisten wollten mit der Geiselnahme die Freilassung von Gefangenen erreichen.

Jürg Bischoff, Beirut

Die Polizei hat in der Nacht auf Freitag in einem verlassenen Haus in Gaza die Leiche des italienischen Aktivisten Vittorio Arrigoni gefunden, der tags zuvor von Salafisten entführt worden war. Am Vortag war ein Video ins Internet gestellt worden, das Arrigoni mit verbundenen Augen und Wunden im Gesicht zeigte. Im Video forderte eine Gruppe, die sich «Brigade der edlen Gefährten des Propheten Mohammed bin Muslima» nannte, von der Hamas-Regierung die Freilassung salafistischer Gefangener bis Freitagabend.

## Zwei Verhaftungen

Möglicherweise hat die sofort aufgenommene Fahndung nach den Entführern diese dazu bewogen, ihre Geisel unverzüglich umzubringen. Ein Regierungssprecher sagte, ein Mitglied der Gruppe sei identifiziert worden. Dieses habe die Namen der anderen Geiselnahmer verraten und die Polizei zu dem Ort geführt, wo die Leiche gefunden wurde. Arrigoni sei seit mehreren Stunden tot gewesen, als er gefunden wurde.

Das Innenministerium in Gaza verurteilte das Verbrechen scharf und versprach, die Verantwortlichen zu finden

und zu bestrafen. Zwei Verdächtige seien bereits in Haft. Eine Reihe politischer Gruppen, darunter die Hamas und der Islamische Jihad, gaben ebenfalls ihrer Abscheu Ausdruck. Arrigoni, ein Aktivist der Internationalen Solidaritätsbewegung für die Palästinenser, lebte seit 2008 in Gaza und war dort eine bekannte und geschätzte Figur.

## Salafisten im Jihad

Arrigoni wurde offenbar zum Opfer des Kampfes der Hamas-Regierung gegen die Salafisten, die den Behörden vorwerfen, im Streifen keine wahrhaft islamische Ordnung errichtet zu haben. Nach salafistischer Lehre müssen Muslime die Lebensführung des Propheten Mohammed und seiner Gemeinde im 7. Jahrhundert imitieren. Der salafistische Mainstream, der in einigen arabischen Ländern Fuss gefasst hat, hält sich vom politischen Leben fern und lehnt Gewalt ab, einige extremistische Splittergruppen bekennen sich aber zu Gewalt und Jihad.

Im Gazastreifen gibt es mehrere solcher Gruppen, von denen eine 2007 einen BBC-Reporter während vier Monaten als Geisel hielt. Eine andere rief 2009 ein «islamisches Emirat» aus, was die Hamas-Sicherheitskräfte zum Sturm auf deren Moschee veranlasste, bei dem es 24 Todesopfer gab. Der Fanatismus und die moralische Verirrung, die sich in diesen Faktionen ausdrücken, sind wohl vor allem der Beklemmung und der Hoffnungslosigkeit zuzuschreiben, welche israelische Belagerung und Gewalt in der Bevölkerung des Gazastreifens hervorrufen.